

# REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
151 · Ausgabe Region Bern · Januar 2015



## Gemeindegrenzen überwinden

**DIE GEMEINDEN RUND UM BERN SIND HEUTE GEOGRAFISCH ZUSAMMENGEWACHSEN. ES STELLEN SICH IN DIESEN GEMEINDEN OFTMALS DIE GLEICHEN PROBLEME, DIE ES ZU LÖSEN GILT. DIE SP STADT BERN HAT DARUM 2013 DIE REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ZU EINEM IHRER POLITISCHEN SCHWERPUNKTE ERKLÄRT UND DAZU EINE ARBEITSGRUPPE EINGESETZT. IN DIESER SIND AUCH SP-SEKTIONEN DER AGGLOMERATION, VORERST AUS OSTERMUNDIGEN UND KÖNIZ, VERTRETEN.**

Die Gemeindegrenze zwischen Bern und Köniz ist nur an der Farbe der Kehrichtsäcke zu erkennen.

Die Arbeitsgruppe (AG) «regionale Zusammenarbeit» hat den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten, wie die regionale Zusammenarbeit weiterentwickelt, intensiviert und zu Gunsten der Grossregion Bern gestaltet werden kann. Dabei sollen auch Vorschläge aus früheren Arbeitsgruppen aus dem gleichen Themenfeld geprüft, aufgegriffen und mit neuen Ideen verbunden werden. Die AG soll frisch von der Leber weg innovative Vorschläge diskutieren und eine Auslegeordnung zur Thematik unterbreiten. Arbeit und Nutzen der Regionalkonferenz Bern sollen in diesem Zusammenhang ebenfalls untersucht werden. Regiolinks hat mit Annemarie Berlinger-Staub, Fraktionspräsidentin der SP Köniz und Mitglied der AG gesprochen:

**Weshalb machst du in der AG mit?**  
Die Grenzen der Gemeinden rund um Bern sind heute kaum mehr sichtbar. «Grossbern» ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum geworden. Es macht Sinn, dass die SP-Sektionen Themen, die sich in allen urbanen Gemeinden stellen, koordiniert auf die politische Bühne bringen und an sozialdemokratischen Lösungen arbeiten. In der AG stehen nicht visionäre Überlegungen



«Die Arbeit in der Gruppe fordert mich, über «das eigene Gärtli» hinauszuschauen.»

Annemarie Berlinger-Staub

wie eine Fusion oder neue politische Regionsstrukturen im Vordergrund, sondern die Frage, wie gemeinsame Anliegen pragmatisch und zeitnah umgesetzt werden können.

### Wo steht ihr jetzt Anfang 2015?

In sechs Sitzungen haben wir eine erste Auslegeordnung erstellt und mit dem Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät und den zwei SP-Gemeinderätinnen von Ostermundigen und Köniz, Regula Unteregger und Katrin Sedlmayer, neuralgische Punkte einer regionalen Zusammenarbeit ausgeleuchtet. Erste Themenfelder zeichnen sich ab: Verkehr, Sportanlagen, Abfallbewirtschaftung, Wohnen, Einheitspolizei, Zusammenarbeit im Beschaffungswesen. Der Katalog ist noch nicht vollständig.

### Wie soll es weitergehen?

Die skizzierten Themen müssen konkretisiert werden. Wir hoffen, demnächst koordinierte Vorstösse einreichen zu können. Es wird sicher sinnvoll sein, dazu Fraktionsmitglieder in den drei Gemeinden einzuspannen, die über das nötige Wissen verfügen. Wo sinnvoll, ist dann überparteiliche Zusammenarbeit zu suchen, um Mehrheiten zu erhalten.

### Wie erlebst du die Arbeit in der AG?

Es macht Spass. Ich lerne viel. So staune ich z.B., wie eng verwoben Ostermundigen mit seinen Nachbargemeinden Bolligen und Ittigen ist. Umgekehrt muss ich den andern erklären, dass Mittelhäusern und ein Teil der Ortschaft Thörishaus politisch zu Köniz gehören. Ich merke auch, wie unterschiedlich die Bedingungen zum Politisieren sind: In Bern steht eine grosse SP-Fraktion, in der Spezialisierungen möglich sind, einer grossen Verwaltung gegenüber, während die Fraktionen in Ostermundigen und Köniz die ganze Parlamentsarbeit auf je 10 Köpfe verteilen müssen. Dafür ist dort die Verwaltung vielleicht übersichtlicher. Die Arbeit in der Gruppe bringt mir neue Perspektiven und fordert mich, über «das eigene Gärtli» hinauszuschauen.

Christoph Salzmann, Co-Präsident SP Köniz

### DIE MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

Peter Marbet, Stadtrat, Vizefraktionspräsident Bern, Leitung; Stefan Jordi, Stadtrat, Co-Präsident SP Bern; Andreas Zysset, alt Stadtratspräsident Bern; Christian Zahler, alt Gemeindepräsident Ostermundigen; Ruedi Mahler, Präsident Grosser Gemeinderat Ostermundigen; Annemarie Berlinger-Staub, Fraktionspräsidentin Köniz; Ruedi Lüthi, Parlamentarier Köniz

# Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Am Parteitag vom 14. Januar hat die SP Region Bern-Mittelland zu Handen der SP Kanton Bern die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen 2015 nominiert. Sie schickt 14 Frauen und 10 Männer ins Rennen um die 25 Berner Nationalratssitze. Das Feld der Kandidierenden widerspiegelt die Breite der SP Bern-Mittelland: Erfahrene und junge Kräfte aus Stadt und Land, die sich gemeinsam für eine solidarische und offene Schweiz einsetzen.



Evi Allemann, bisher, 1978, SP Bern-Nord, Juristin, Projektarbeiterin



Margret Kiener Nellen, bisher, 1953, Bolligen, Dipl. Übersetzerin ETI, Rechtsanwältin



Nadine Masshardt, bisher, 1984, SP Bern Altstadt Kirchenfeld, Historikerin



Lea Kusano, 1980, SP Bern-Nord, Alt-Stadträtin, MA Ethnologie, Beraterin politische Kommunikation



Annette Lehmann, 1974, SP Bern-Nord, Stadträtin, Fraktionspräsidentin, Buchhändlerin, Admin. Leiterin SUSSIMAGE



Ursula Marti, 1966, SP Bern Länggasse-Felsenau, Grossrätin, Geschäftsführerin wortreich gmbh, dipl. PR-Beraterin



Nicola von Greyerz, 1973, SP Bern Länggasse-Felsenau, Grossrätin, Germanistin, Kommunikatorin



Flavia Wasserfallen, 1979, SP Bern Altstadt Kirchenfeld, Alt-Grossrätin, Politologin, Co-Generalsekretärin SP Schweiz



Matthias Aebischer, bisher, 1967, SP Bern Altstadt Kirchenfeld, Lehrbeauftragter



Ruedi Flückiger, 1959, Schwarzenburg, Gemeindepräsident, Betriebswirtschafter, Geschäftsleiter KV Bern



Benno Frauchiger, 1975, SP Bern Länggasse-Felsenau, Stadtrat, ing. méc. dipl. EPFL, Fachspezialist Erneuerbare Energien



Stefan Jordi, 1971, SP Bern-Nord, Stadtrat, Lehrer, Politologe, wiss. Mitarbeiter

# für die Nationalratswahlen 2015



Tanja Bauer, 1983, Köniz, Politologin, Projektleiterin  
Direktion Gesundheit und Soziales Kanton Freiburg



Ursula E. Brunner, 1956, Wohlen, Grossrätin, Kinder-  
gärtnerin und Heilpädagogin, Organisationsberaterin  
und Dozentin



Sarah Gabi Schönenberger, 1978, Schwarzenburg,  
Grossrätin, Lehrerin, Juristin, Familienfrau



Meret Schindler, 1986, SP Bern Ost, Grossrätin,  
Dipl. Pflegefachfrau HF



Elisabeth Striffeler-Mürset, 1958, Münsingen, Grossrätin,  
Fachfrau für Intensivpflege, Gerontologin MAS



Béatrice Stucki, 1960, SP Bern-Nord, Grossrätin,  
Kaufm. Angestellte, Gewerkschaftssekretärin vpod



Alexander Tschäppät, bisher, 1952, SP Bern Altstadt  
Kirchenfeld, Stadtpräsident, Fürsprecher



Michael Aebersold, 1962, SP Bern-Nord, Grossrat,  
Fraktionspräsident, Dr. phil. nat. (Chemiker), Sektions-  
leiter BFE



Rithy Chheng, 1980, SP Bern Bümpliz/Bethlehem  
Stadttrat, Jurist, Fachrichter für Miet- und Arbeitsrecht



Halua Pinto de Magalhães, 1986, SP Bern Holligen,  
Stadttrat, Chemiedoktorand



Markus Willi, 1967, Köniz, Mitglied Parlament Köniz,  
Sekundarlehrer, Schulleiter, wiss. Mitarbeiter  
bei educa.ch



Christian Zahler, 1953, Ostermundigen, Alt-Gemeinde-  
präsident, Dipl. Arch. ETH

REGLEMENT ÜBER DIE POLITISCHE PARTIZIPATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDERN

# Eine Chance für etwas mehr Demokratie

Am 26. September 2010 hat der Kanton Bern die Initiative «zäme läbe – zäme schtimme» deutlich abgelehnt. Diese hätte den Gemeinden ermöglicht, das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen.

Die Stimmbevölkerung der Stadt Bern hat der Vorlage damals hingegen zugestimmt. Darauf berief sich die SP/JUSO-Fraktion dann auch in einer Interpellation im Berner Stadtrat, in der sie wissen wollte, in welchem Rahmen der ausländischen Wohnbevölkerung trotzdem mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am demokratischen Prozess geboten werden könnten. In seiner damaligen Antwort machte der Gemeinderat auf die unzureichende rechtliche Situation aufmerksam; die Möglichkeiten für die Gemeinden seien aufgrund

des kantonalen Rechts stark beschränkt.

Ungefähr ein Jahr nach Ablehnung der Initiative überwies der Berner Stadtrat einen interfraktionellen Vorstoss mit einem Alternativvorschlag: Nach dem Vorbild der Stadt Burgdorf soll ein sogenannter «Ausländerantrag» eingeführt werden. Dieses demokratische Instrument würde sich in der Stadt Bern an die bereits bestehende Jugendmotion anlehnen. Die Einführung soll zudem durch eine Kampagne begleitet werden, um die in Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer über die neue Möglichkeit der politischen Partizipation zu informieren. In zwei Lesungen mit langwierigen und beispiellos wüsten Debatten hat der Berner Stadtrat dem «Reglement über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern» mit 59

Nach dem Vorbild der Stadt Burgdorf soll ein sogenannter «Ausländerantrag» eingeführt werden.

Ja- zu 12 Nein-Stimmen deutlich zugestimmt.

Mit der deutlichen Ablehnung der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 haben die Stadtberner Stimmberechtigten einmal mehr bewiesen, dass sie sich als vielfältige Gesellschaft verstehen, und es ist davon auszugehen, dass sie das Partizipationsreglement als Chance für ein gleichberechtigteres Zusammenleben sehen werden. Nach einer Annahme der Vorlage wäre zwar noch immer ein Viertel der Wohnbevölkerung vom grössten Teil des demokratischen Prozesses ausgeschlossen, trotzdem wäre es ein Schritt in die richtige Richtung und gleichzeitig ein Zeichen der Anerkennung gegenüber allen Bernerinnen und Bernern ohne Schweizer Pass.

Fuat Köçer, Stadtrat Bern

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ

# Ja zur Überbauungsordnung Insel Areal III

Mit einem Planungshorizont von 45 Jahren und einer Gesamtgeschossfläche von bis zu 600 000 m<sup>2</sup> sprengt die Überbauungsordnung Insel III (ÜO) die Dimensionen ähnlich gelagerter Projekte. Die SP Stadt Bern hat sich sowohl im Vernehmlassungsverfahren als auch im Stadtrat klar für die ÜO ausgesprochen und unterstützt das Ansinnen, das chaotisch anmutende Gelände endlich «aufzuräumen» und ihm damit eine architektonische Gesamtstruktur zu geben. Mit den geplanten Parkanlagen wird das Gelände zudem für alle Nutzenden aufgewertet. Der planerische Ansatz, der nur die maximalen Dimensionen der Bebauung der einzelnen Baufelder festlegt, ist dem sehr langen Umsetzungszeitraum angemessen.

Im Verkehrsbereich weist die Vorlage einige Schwächen auf. So sind zum Beispiel auf der Freiburgstrasse erhebliche Nutzungskonflikte zu befürchten. Der Stadtrat hat die ÜO deshalb mit verschiedenen Anträgen ergänzt. Insbesondere muss ein Mobilitätsmanagement erstellt werden, um den Anteil des motorisierten Verkehrs möglichst weit zu reduzieren und die maximal zulässigen 7400 Fahrten pro Tag nicht zu überschreiten. Zudem sind genügend Veloparkplätze zu schaffen – diese sind auf dem Areal derzeit Mangelware.

Michael Sutter, Stadtrat Bern

Die Parolenfassung der SP findet an der Delegiertenversammlung vom 9. Februar statt.

